Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur p. Kreuzband durch d. Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei d. Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 38; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Müllerstr. 6; Gneisenaustr. 20; Rykestr. 32; Wedding, Gerichtstr. 14; Schöneberg, Heinrichstr. 12; Charlottenburg, Kantstr. 84; Rixdorf, Prinz Handjerystr. 83/84.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis für das „Berliner Tageblatt“ u. „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Wochenblatt „ULK“, die humor. Montags-Ausg. „Jetztzeit“, die „Technische Rundschau“, der illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus Hof Garten“ durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland extl. Postaufschlag; für Berlin bezügl. zweimal, Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl. fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate à Zeile 60 Pf. (General-Anzeiger 40 Pf.) werd. u. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie der Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr., Potsdamerstr. 38, Königstraße 56/57, Prinzenstr. 41, Alt-Moabit 138, Schiffbauerdamm 1, Gr. Frankfurterstraße 32, Charlottenburg, Kantstr. 84, Rixdorf, Pr.-Handjerystr. 83/84 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Nr. 51.
36. Jahrgang

Dienstag
29. Januar 1907

Der neue Reichstag.

Die Beschaffenheit des neuen Reichstages läßt sich schon jetzt ziemlich sicher übersehen.

Unvermindert bleibt der Besitzstand des Zentrums; es kann nur wenige Mandate in der Stichwahl verlieren. Die konservativen Parteien und die Nationalliberalen werden von dem Verluste der Sozialdemokratie den größeren, die drei Parteien der Linken den kleineren Teil gewinnen; die Sozialdemokratie kann bis zur Hälfte ihres Besitzes verlieren. Die Widerstandskraft der Linken im ganzen gegen etwaige reaktionäre Pläne und gegen weitere indirekte Belastung des Volkes durch Zölle, Steuern und dergleichen ist geringer geworden.

Welche Stellung der Reichskanzler einnehmen wird, ist noch unsicher. Nach seinen Kundgebungen scheint er an seiner bisherigen Politik nichts ändern und die Mehrheit, welche ihm Konservative, Nationalliberale und Freisinnige bieten können, nur dazu benutzen zu wollen, gewisse Forderungen, für welche etwa das Zentrum nicht zu haben sein sollte, insbesondere Bewilligungen für Heer, Flotte und Kolonien, durchzusetzen. Der Konservativen und Nationalliberalen glaubt er dafür sicher zu sein, die Freisinnigen werden ihm keine grundsätzliche Opposition machen, aber ihrer bisherigen Haltung entsprechend ihre Entscheidung nach sachlichen Gründen treffen. Sie bleiben in ihrer defensiven Stellung, bereit, gegen jede politisch, wirtschaftlich oder kulturell reaktionäre Maßregel mit aller Kraft aufzutreten und die liberalen Errungenschaften zu verteidigen, aber ebenso bereit, alle vernünftigen fortschrittlichen Maßregeln, einerlei von welcher Seite sie kommen, zu unterstützen. Wie bisher. Aber sie müssen noch vorsichtiger sein, weil die rechte Seite des Reichstages — der man nach den Erfahrungen der letzten Zeit den größeren Teil der Nationalliberalen wohl zurechnen muß — verstärkt ist. An Neigungen, diese Stärke auszunutzen, fehlt es nicht; immer wieder ist bei der Wahl die Abänderung des Wahlrechtes herangezogen worden, und mancher wird die Gelegenheit für günstig halten, gegen die unbequemen Bestrebungen der Arbeiter gesetzgeberisch vorzugehen.

Der Liberalismus muß in dieser Lage der Dinge besonders auf der Hut sein und scharf betonen, daß er weder seinen alten, stets vertretenen Grundsätzen untreu werden, noch in ihrer Verteidigung irgendwie lässiger werden will. Er darf sich nicht darüber täuschen, daß gerade jetzt die Hauptgefahr von der rechten Seite droht.

In einer wichtigen Beziehung ist noch völlige Ungewißheit. Wie werden sich Reichskanzler und Zentrum zueinander stellen?

Das Zentrum wird sich sicher nicht ohne weiteres demütig fügen. Dazu ist es zu stark. Wird ihm auch die Möglichkeit genommen, mit der Sozialdemokratie und den Polen eine oppositionelle Politik zu betreiben, so bleibt es doch ein unentbehrliches Glied in der Gruppe, mit welcher bisher die Regierung gearbeitet, insbesondere die Zölle und Steuern geschaffen hat, und mit welcher diese Zölle und Steuern aufrecht erhalten werden müssen. Die beiden anderen beteiligten Parteien, insbesondere die Konservativen, denken nicht daran, ihre Beziehungen zum Zentrum aufzugeben.

Aber die eigentliche Bedeutung der Auflösung und der Wahlbewegung sollte doch sein, Macht und Einfluß des Zentrums zu brechen! Gerade dieser Zweck und die Art, wie Herr Dernburg sich in dessen Dienst stellte, ist es gewesen, was den jubelnden Beifall des Volkes zuerst hervorrief. Es scheint beinahe, daß der Reichskanzler diesen Zweck bereits durch die Verminderung der sozialdemokratischen Mandate für erreicht hält. Die Macht des Zentrums ist dadurch zwar geringer geworden, und der Reichskanzler und Ministerpräsident Fürst Bülow steht ihm jetzt stärker gegenüber. Aber wird er diese Stärke zu dem benutzen, was bei der Reichstagsauflösung erwartet wurde? Wird er Deutschland erlösen wollen von dem schwer empfundenen Druck einer nicht bloß vom Zentrum geübten heimlichen Nebenregierung, deren Wirkung auch ihm nicht fremd geblieben ist? Wird er sich damit begnügen, das Zentrum aus der Kolonialpolitik auszuschalten?

Nichts könnte mehr enttäuschen, als wenn sich zeigte, daß der Reichskanzler sich mit einer Besserung der Kolonialpolitik begnügen, sonst aber alles beim alten lassen will. Die Kolonien haben wohl an manchen Orten eine große Rolle in der Wahlbewegung gespielt, aber es war doch hauptsächlich die Entrüstung über das Verhalten des Zentrums und dessen tapfere Zurückweisung durch Herrn Dernburg, was begeisternd auf die Wähler wirkte. Man wird sich freuen, wenn er die Kolonialverwaltung gründlich verbessert und die Kolonien allmählich zum wirtschaftlichen Gedeihen bringt, aber die Interessen an ihnen sind doch nicht allgemein genug, und die Fortschritte können nur langsame sein, so daß sehr bald die großen allgemeinen Fragen der inneren Politik wieder die Hauptsache bilden werden. Im Reiche und in Preußen. Dann ist aber die Auseinandersetzung mit dem Zentrum und dem rückschrittlichen Gange unserer Kulturfragen unvermeidlich. Um so mehr, als es gerade neben den Vertretern der großen Handels- und industriellen Interessen die Männer der Wissenschaft gewesen sind, welche dem Reichskanzler wesentliche Unterstützung bei der Wahl geleistet haben und noch leisten werden. Sie erwarten mit Recht eine freiere Politik als die bisherige.

Und will der Reichskanzler alles beim alten lassen, so wird auch das Zentrum bald genug seine frühere Macht wiedergewinnen. Dazu hat es Mittel und Freunde genug, wenn ihm auch die doch nur in Einzelfällen gewährte Unterstützung der Sozialdemokratie fehlt.

Dem Liberalismus aber bleibt zurzeit nichts übrig, als damit zu rechnen, daß die Wahlen die rechte Seite verstärkt haben und die Stichwahlen sie noch weiter verstärken werden. Er muß sich hüten, selbst dazu beizutragen und dafür sorgen, daß niemand liberale Stimmen erhält, von dem zu befürchten ist, daß er zur Gefährdung der liberalen Errungenschaften beitragen wird.

K. Schrader,
Mitglied des Reichstages.

* * *

In der Sitzung des Vorstandes des „Wahlvereins der Liberalen“, die am Sonntag im Architektenhause zu Berlin stattfand, ist einstimmig folgende

Resolution für die Stichwahlen

gefaßt worden:

„Die Hauptwahlen haben eine sichere Mehrheit für die Bewilligung nationaler Forderungen ergeben, dagegen erscheint jetzt die Gefahr der Bedrohung bedeutsamer liberaler Errungenschaften (Reichstagswahlrecht, Koalitionsrecht, Gleichberechtigung aller Staatsbürger), für deren Aufrechterhaltung und Ausbau wir stets eingetreten sind, wesentlich nähergerückt.

Wir fordern daher unsere Parteifreunde im Lande auf, nur solchen Kandidaten in der Stichwahl ihre Stimme zu geben, die durch Programm und Persönlichkeit eine sichere Gewähr dafür bieten, daß sie nicht der politischen und geistigen Reaktion Hilfsdienste leisten.“

* * *

Für die Stichwahlen erlassen die drei freisinnigen Parteien folgenden

Aufruf:

„Die drei vereinigten freisinnigen Parteien stehen nach einem schweren, aber erfolgreichen Wahlkampf in zahlreichen aussichtsvollen Stichwahlen. Soll in diesen Stichwahlen der endgültige Sieg errungen werden, so bedarf es noch großer Arbeit und energischer Agitation.

Wir wenden uns daher nochmals an alle Freunde der liberalen Sache, uns in diesem Kampfe durch Geldbeiträge zu unterstützen und bitten, Beiträge auf Konto „Freisinniger Wahlfonds“ an die „Bank für Handel und Industrie“ (Darmstädter Bank), Berlin, Schinkelplatz 1/2 und deren Depositenkassen, die „Mitteldeutsche Kreditbank“ in Berlin, Behrenstraße 2 und deren Depositenkassen, und an das Bankhaus M. Hohenemser, Frankfurt a. M., Gr. Gallusstraße 1 zu senden.“

Berlin, den 26. Januar 1907.

Für die **freisinnige Volkspartei:**
Schmidt-Elberfeld.
Kämpf, Schatzmeister, Berlin, Hohenzollernstraße 8.

Für die **freisinnige Vereinigung:**
Karl Schrader.
Mommsen, Schatzmeister, Berlin, Behrenstraße 2.

Für die **süddeutsche Volkspartei:**
Dr. Heinrich Rößler.
Bankier Hohenemser, Schatzmeister, Frankfurt a. M., Gr. Gallusstraße 1.

---

* In einem Kaiserfoast bei einer von den Direktoren, Beamten und Offizieren der Hamburg-Amerika-Linie veranstalteten Kaisersgeburtstagsfeier hat Generaldirektor Ballin mit Recht über **die ungenügende Vertretung von Handel, Industrie und Schiffahrt im Reichstage** Klage geführt. Er betonte die Bedeutung, die speziell die Hamburg-Amerika-Linie innerhalb und außerhalb der Heimat gewonnen, wie sie mitgeholfen habe, ein größeres wirtschaftliches und verkehrspolitisches Deutschland zu schaffen, das dem größeren geistigen Deutschland neue Fundamente biete, und er fuhr dann fort:

Es sei zu beklagen, daß auch der neue Reichstag berufene und sachverständige Männer aus den Kreisen von Industrie Handel und Schiffahrt nur in verschindender Zahl aufzuweisen haben werde. Die deutsche Landwirtschaft sei in der glücklichen Lage, sehr zahlreiche und einflußreiche Vertreter in den Reichstag zu entsenden, die Schiffahrt habe keinen einzigen Unternehmer dort, und die Reichstagsabgeordneten aus der Großindustrie, der Hochfinanz und dem Handel könnten in einem einzigen Wagen nach Hause fahren. Es liege im Reichsinteresse, also auch im Interesse des ganzen deutschen Volkes, daß Gewerbe, Handel, Bankwesen, Schiffahrt, Verkehr, Bergbau, Großindustrie 2c. eine stärkere und bessere Vertretung im Reichstage finden. Der Reichstag sei die Vertretung des Volkes, und zum Volke gehörten auch die Unternehmer und Arbeitgeber.

Die Vorbedingung für die Erfüllung dieses berechtigten Wunsches ist, daß sich die berufenen Repräsentanten jener Kreise mehr, als es leider bisher geschehen, für die politischen Dinge interessieren und mit lebhafterer Energie für die Volksinteressen eintreten, deren Vertretung der deutsche Reichstag darstellt oder darstellen sollte. Diese Feststellung ist deshalb besonders notwendig, weil nach einer anderen Meldung — die vorstehende Fassung ist die des offiziösen Telegraphenbureaus — Herr Ballin gesagt haben soll, die verstärkte Vertretung des Großhandels usw. müsse man durch eine Ergänzung des bestehenden Wahlrechts in der Form berufsständischer Angliederung der Vertreter der großen Erwerbsgebiete“ herbeizuführen suchen. — Das würde einfach eine Durchbrechung des Prinzips des gleichen Wahlrechts sein. Mit demselben Rechte könnte jeder andere „Erwerbsstand“ die gleichen Privilegien für sich in Anspruch nehmen. Solange das Volk in dieser Frage mitzusprechen hat, wird aber — das sind wir gewiß — für keinen Erwerbsstand eine solche Extrawurst gebraten werden.

* * *

Es scheint fast, als sei tatsächlich etwas im Werke, um eine mit dem Reichstagswahlrecht nicht zu vereinende „Ergänzung“ des Parlaments herbeizuführen. Ein Privat-Telegramm unseres Kölner ⧦-Korrespondenten meldet uns:

Von einer Persönlichkeit, die mit Berliner Regierungskreisen rege Fühlung unterhält und den Berliner Regierungskreisen wiederholt politische Dienste geleistet hat, erfährt der Berliner Korrespondent der „Köln. Volksztg.“ folgendes: „Es besteht der Plan, eine gefügige Regierungsmehrheit dadurch zu schaffen, daß man die wegen der Zunahme der Bevölkerung eigentlich mehr zu wählenden Reichstagsabgeordneten durch die Einzellandtage wählen läßt. Man sucht nach Mitteln und Wegen, wie dies ohne Aenderung des bestehenden Reichstagswahlrechts geschehen könne. Ich teile Ihnen die Nachricht mit, wie ich sie erfahre, ohne in der Lage zu sein, zu beurteilen, inwieweit die Ausführung eines solchen Planes, wenn er tatsächlich besteht, in der gegenwärtigen politischen Lage möglich wäre.“ „Auch wir“, bemerkt das Blatt dazu, „geben die sensationelle Nachricht, wie sie uns zugeht.“

Es ist ja möglich, daß diese Meldung der „Köln. Volksztg.“ nichts ist als eine Stichwahlmache. Immerhin ist es mindestens auffällig, daß diese Meldung der „Köln. Volksztg.“ mit den Aeußerungen des Herrn Ballin zusammentrifft, die kaum aus dem hohlen Fasse geschöpft worden sind.

Veränderungen im englischen Kabinett.

(Von unserem Korrespondenten.)

β **London**, 26. Januar.

An die Stelle des zum britischen Botschafter in Washington ernannten ehemaligen Staatssekretärs für Irland, Bryce ist der Präsident des Unterrichtsamtes Herr A. Birell getreten, dessen Amt Mr. Mac Kenna übernimmt, der bisher Finanzsekretär beim Schatzamt war.

Mr. Birell ist auch außerhalb des britischen Reiches durch seine glänzende Verteidigung der Unterrichtsgesetzvorlage, die so elend im Oberhause Schiffbruch litt, bekannt geworden. Aber auch sonst sind ihm in seinem Bezirk eine Anzahl von Reformen gelungen, die eine sichere Hand bekunden. So hat er das Schulinspektorat reorganisiert und hat etwas bis dahin Unerhörtes getan: die Ernennung einer Anzahl von Lehrern zu Schulinspektoren, die alle eine sechsjährige Lehrerpraxis hinter sich haben. Den Schulregulativen hat er frisches Blut eingeflößt und dahin gewirkt, daß die Schüler mehr fürs Leben erzogen werden. Organisierte Spiele sind auf den Schulplan gesetzt worden, und der Moralunterricht, der gleichzeitig für das bürgerliche Leben vorbereitet, ist obligatorisch gemacht worden. Den Kirchenschulen hat er einige im Laufe der Zeit zur Praxis gewordene Gepflogenheiten abgewöhnt und überall neben seiner ungeheuren parlamentarischen Arbeit ein offenes Auge für die Bedürfnisse seines Ressorts gehabt.

Herr Birell muß sich eine große Summe von Kraft zutrauen, daß er nach endlosen Kämpfen in der Schulvorlage in einem Augenblicke das Amt eines Staatssekretärs für Irland übernimmt, wo es gilt, eine Gesetzgebung Irland zu gewähren, die ihm eine mehr oder minder große Selbstverwaltung anvertraut. Man wird die Vorlage nicht Home-rule nennen, aber es genügt schon, daß sie das Prinzip dieser vertritt, um die gesamte Rechte in noch größeren Harnisch zu bringen, als das der Unterrichtsgesetzvorlage gegenüber geschah. Mit der Rechten werde sich eine Anzahl nie zu befriedigender Irländer verbinden, und es wird einen Kampf geben, der an die Zeiten erinnern dürfte, wo Gladstone für eine ähnliche Aufgabe kämpfte. Vergegenwärtigt man sich, daß dieser Kampf vermutlich wieder dank dem Veto des Oberhauses vergeblich geführt werden wird, so gehört neben einer großen Selbstverleugnung ein nicht geringer Mut dazu, ohne Aussicht auf Erfolg diesen Kampf aufzunehmen. Wo sind derartige kampfesfreudige, hingebungsvolle Politiker in Deutschland?

Der Umstand, daß, obwohl man allgemein wußte, Herr Birell sei zum Staatssekretär für Irland ausersehen, die Ernennung erst heute erfolgt ist, läßt darauf schließen, daß die mit ihm